Gesetz über die Einführung der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen im Kanton Schaffhausen (NFA-Gesetz)

vom 4. Juni 2007

Der Kantonsrat Schaffhausen

beschliesst als Gesetz:

I. Allgemeine Bestimmungen

Art. 1

¹ Dieses Gesetz regelt die Anpassung von kantonalen Erlassen zur bundesrechtskonformen Umsetzung der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) im Kanton Schaffhausen. Gegenstand

² Es regelt zudem die Entflechtung von Aufgaben und Finanzierungen zwischen dem Kanton und den Gemeinden.

Art. 2⁴⁾

Art. 3

Der Kanton übernimmt mit Inkrafttreten des Bundesbeschlusses vom 3. Oktober 2003 zur Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) die bisherigen Leistungen der Invalidenversicherung an Anstalten, Werkstätten und Wohnheime, bis er über ein genehmigtes Behindertenkonzept im Sinne von Art. 197 Ziffer 4 der Bundesverfassung verfügt, welches auch die Gewährung kantonalen Beiträge an Bau und Betrieb von Institutionen mit ausserkantonalen Platzierungen regelt, mindestens jedoch während 3 Jahren. Leistungen an Anstalten, Werkstätten und Wohnheime für invalide Personen

Amtsblatt 2007, S. 817

II. Erlass neuer Gesetze

Art. 4

Es wird das Gesetz über Ergänzungsleistungen zur AHV und IV in der Fassung gemäss Anhang II¹⁾ erlassen.

III. Änderung von Gesetzen in einzelnen Aufgabenbereichen

Art. 5

Anzupassende
Gesetze

Die nachstehenden Gesetze werden wie folgt geändert:

1. *Das Strassengesetz vom 18. Februar 1980 (StrG):*

Art. 62 Abs. 3

³ Der Regierungsrat ist befugt, eine Organisation zu gründen oder den Beitritt zu einer solchen zu erklären, die Leistungsvereinbarungen mit den zuständigen Bundesbehörden über den Betrieb und Unterhalt von Nationalstrassen abschliessen kann.

Art. 63 Abs. 2

² Auf Wunsch der Gemeinden, anderer Kantone oder des Bundes kann der Kanton Betrieb und Unterhalt von Strassen übernehmen.

Art. 71 Abs. 1

¹ Die Kosten für Bau, Betrieb und Unterhalt der dem Gemeingebrauch offenstehenden Kantons- und Gemeindestrassen sind in erster Linie aus dem kantonalen Anteil am Benzinzollertrag, aus dem Ertrag der Motorfahrzeugsteuer, aus Mehrwertbeiträgen, aus Globalbeiträgen des Bundes und aus allfälligen weiteren zweckgebundenen Einnahmen zu decken.

Art. 73 Abs. 1

¹ Mindestens 90 % des gemäss Art. 72 den Gemeinden zustehenden Anteils werden jährlich nach der Grösse von Bauzone und übrigem Gemeindegebiet ohne Wald, der Einwohnerzahl und dem Bestand von Motorfahrzeugen unter den Gemeinden verteilt.

2. *Das Gesetz über die Förderung der Landwirtschaft (kantona-
les Landwirtschaftsgesetz) vom 29. November 1999 :*

Art. 37

Aufgehoben

Art. 38

Der Kanton kann Beiträge an die Zucht von Bienen und von ande-
ren vom Bund nicht geförderten Nutztieren leisten. Beiträge

3. *Das Gesetz über den Finanzhaushalt des Kantons und der
Gemeinden (Finanzhaushaltsgesetz) vom 26. Juni 1989 :*

Art. 28a

¹ Objektkredite oder Rahmenkredite können in Form von Verpflich-
tungskrediten beschlossen werden. Verpflichtungs-
kredit

² Der Objektkredit gibt die Ermächtigung, für ein Einzelvorhaben bis
zum bewilligten Betrag Verpflichtungen einzugehen.

³ Der Rahmenkredit gibt die Ermächtigung, für mehrere in einem
Programm zusammengefasste Einzelvorhaben bis zum bewilligten
Betrag Verpflichtungen einzugehen.

⁴ Bis zur Vollendung des Objekts oder des Programms ist in der
Staatsrechnung Rechenschaft über die noch nicht benötigten An-
teile des Verpflichtungskredites abzulegen.

Art. 30a

¹ Der Kanton kann in den vom Bundesrecht bezeichneten Sachge-
bieten Programmvereinbarungen mit dem Bund abschliessen. Die-
se legen die zu erreichenden Ziele fest und regeln die Beitragslei-
stung des Bundes. Programm-
vereinbarungen

² Finanzielle Verpflichtungen des Kantons gegenüber Gemeinden
oder Privaten im Rahmen von Programmvereinbarungen mit dem
Bund gelten als gebundene Ausgaben.

4. *Das Gesetz über den Natur- und Heimatschutz im Kanton
Schaffhausen vom 12. Februar 1968 (NHG) :*

Art. 11 Abs. 2

² Der Kanton entrichtet gestützt auf Programm- beziehungsweise
Leistungsvereinbarungen mit dem Bund Naturschutz- und Denk-

malpflegebeiträge. Der Regierungsrat ist zuständig für den Abschluss von Programm- beziehungsweise Leistungsvereinbarungen im Sinne von Art. 13 und Art. 18d des Bundesgesetzes über den Natur- und Heimatschutz (NHG) vom 1. Juli 1966.

Art. 14 Abs. 2 lit. h

² Der Natur- und Heimatschutzkommission sind insbesondere zur Stellungnahme zu unterbreiten:

- h) Programm- beziehungsweise Leistungsvereinbarungen mit dem Bund.

5. *Das Wasserwirtschaftsgesetz vom 18. Mai 1998 (WWG) :*

Art. 31 Marginalie

Kantonsbeiträge für Renaturierungen

Art. 31 ^{bis}

Bundesbeiträge ¹ Der Regierungsrat ist zuständig für den Abschluss von Programm- beziehungsweise Leistungsvereinbarungen im Sinne von Art. 8 des Bundesgesetzes über den Wasserbau vom 21. Juni 1991.

² Der Kanton leitet die vom Bund erhaltenen Mittel an die Leistungserbringer weiter.

6. *Das Gesetz über die Einführung des Bundesgesetzes über den Umweltschutz (Einführungsgesetz zum USG) vom 22. Januar 2007 :*

Art. 19a

Programm-
beziehungs-
weise
Leistungs-
vereinbarungen
mit dem Bund

Der Regierungsrat ist zuständig für den Abschluss von Programm- beziehungsweise Leistungsvereinbarungen im Sinne von Art. 50 Abs. 1 lit. b USG.

7. *Das Einführungsgesetz zum Gewässerschutzgesetz vom 27. August 2001:*

Art. 2 Abs. 2

² Er ist zuständig für den Abschluss von Programm- beziehungsweise Leistungsvereinbarungen im Sinne von Art. 61 und 62a GSchG.

8. *Das Waldgesetz vom 17. Februar 1997 (WaldG) :*

Art. 39b

Der Kanton leistet überdies Abgeltungen und Finanzhilfen aufgrund von Programm- beziehungsweise Leistungsvereinbarungen mit dem Bund. Der Regierungsrat ist zuständig für den Abschluss von Programm- beziehungsweise Leistungsvereinbarungen im Sinne der Art. 36–38 des Bundesgesetzes über den Wald.

Programm-
beziehungs-
weise
Leistungs-
vereinbarungen
mit dem Bund

Art. 40 Abs. 1

¹ An die anrechenbaren Kosten von Massnahmen gemäss Art. 38 und 39 leistet der Kanton Abgeltungen bis zu 100 Prozent und Finanzhilfen bis zu 60 Prozent.

9. *Das Gesetz über die Jagd und den Schutz wildlebender Säugetiere und Vögel vom 15. Juni 1992 (Kantonales Jagdgesetz) :*

Art. 30a

Der Regierungsrat ist zuständig für den Abschluss von Programm- beziehungsweise Leistungsvereinbarungen im Sinne von Art. 11 Abs. 6 und 13 Abs. 3 JSG.

Programm-
beziehungs-
weise
Leistungs-
vereinbarungen
mit dem Bund

10. *Das Gesetz über die Erbschafts- und Schenkungssteuer vom 13. Dezember 1976*

Art. 1 Abs. 1 Satz 2

Aufgehoben

11. *Das Einführungsgesetz zu den Bundesgesetzen über die Alters- und Hinterlassenenversicherung und über die Invalidenversicherung vom 11. April 1994 :*

Art. 11

Aufgehoben

12. *Das Gesetz über die öffentliche Sozialhilfe (Sozialhilfegesetz) vom 21. Dezember 1994 :*

Art. 15 Abs. 2

² Die Nettokosten der Spezialdienste werden in die Berechnung gemäss Art. 40 aufgenommen.

Art. 17 Abs. 1 Satz 3 und 4

Die Beiträge des Staates werden in die Berechnung gemäss Art. 40 aufgenommen. Der Kantonsrat legt mit der Verabschiedung des Voranschlages die betreffenden Organisationen und die Höhe der Beiträge fest.

Art. 30 Abs. 1

¹ Zur Führung von stationären Einrichtungen der Sozialhilfe und von Institutionen zur Förderung der Eingliederung von invaliden Personen nach dem Bundesgesetz über die Institutionen zur Förderung der Eingliederung von invaliden Personen (IFEG) ist beim zuständigen Departement eine Bewilligung einzuholen.

Art. 30a

Institutionen zur Förderung der Eingliederung von invaliden Personen

¹ Das Errichten, der Betrieb und der Unterhalt der erforderlichen Heime und Werkstätten für invalide Personen ist Aufgabe des Kantons, wenn das Angebot von privaten, kirchlichen oder kommunalen Organisationen nicht ausreicht.

² Der Kanton leistet an anerkannte Einrichtungen für invalide Personen Betriebsbeiträge sowie Investitionsbeiträge für den Erwerb, den Bau, den Um- oder Ausbau, die Erneuerung und die Ausstattung. Die Beiträge betragen 10 bis 80 Prozent der anrechenbaren Kosten. Die Betriebsbeiträge stellen mindestens sicher, dass keine Person mit Wohnsitz im Kanton wegen des Aufenthaltes in einer Einrichtung für invalide Personen Sozialhilfe benötigt.

³ Der Regierungsrat entscheidet über Investitionsbeiträge, wenn die anrechenbaren Projektkosten 1 Mio. Franken nicht überschreiten, sowie über die Betriebsbeiträge. In den übrigen Fällen entscheidet der Kantonsrat.

Art. 30b

Personen in ausserkantonalen Einrichtungen

Der Kanton gewährt invaliden Personen mit Wohnsitz im Kanton, welche gemäss Art. 7 Abs. 2 IFEG in einer anerkannten ausserkantonalen Einrichtung betreut werden, Beiträge mindestens in dem Ausmass, dass sie wegen des Aufenthaltes keine Sozialhilfe benötigen.

Art. 31

¹ Das Errichten, der Betrieb und der Unterhalt von anderen stationären oder ambulanten Einrichtungen der Sozialhilfe, insbesondere für Obdachlose, Verwahrloste und andere Hilfsbedürftige, ist Aufgabe der Gemeinden. Anstelle der Gemeinden können private oder kirchliche Organisationen solche Einrichtungen bauen und betreiben.

Andere
Einrichtungen
der Sozialhilfe

² Der Kanton leistet Investitionsbeiträge an den Erwerb, den Bau, den Um- oder Ausbau, die Erneuerung und die Ausstattung. Sie betragen je nach Prioritätszumessung der Einrichtung im Hinblick auf den Vollzug der öffentlichen Sozialhilfe 10 bis 80 Prozent der anrechenbaren Kosten.

³ Der Kanton kann auch Beiträge an den Betrieb ausrichten. Diese Beiträge werden in die Berechnung gemäss Art. 40 aufgenommen.

⁴ Der Regierungsrat entscheidet über einmalige Beiträge bis 500'000 Franken und wiederkehrende Beiträge bis 100'000 Franken. In den übrigen Fällen entscheidet der Kantonsrat.

Art. 32 Marginalie

Ausserkantonale Einrichtungen

Art. 32 Abs. 1

¹ Ausserkantonalen Einrichtungen mit sozialer Zweckbestimmung werden Beiträge nach Art. 31 Abs. 2 gewährt, sofern diese Einrichtungen für den Vollzug dieses Gesetzes notwendig sind, allen Kantonseinwohnern offen stehen und innerhalb des Kantons gleichwertige Einrichtungen nicht genügend vorhanden sind. Art. 31 Abs. 3 gilt sinngemäss.

Art. 37

¹ Die Gemeinden tragen unter Vorbehalt des Kantonsbeitrages die Kosten für vorbeugende Massnahmen und die materiellen Hilfeleistungen, die sie gemäss Art. 8 und 22 ff. ausrichten oder einer Aufenthaltsgemeinde zu vergüten haben.

Grundsatz

² Sie tragen unter Vorbehalt des Kantonsbeitrages die Kosten der Spezialdienste gemäss Art. 15 sowie die Beiträge an private und kirchliche Organisationen gemäss Art. 17.

Art. 38

¹ Der Kanton richtet den Gemeinden Beiträge von 25 Prozent an die Sozialhilfekosten gemäss Art. 37 aus, wenn sie

Kantonsbeitrag

- a) die festgelegten Minimalstandards für die Qualitätssicherung in der Sozialhilfe, insbesondere zur Vermeidung von länger-dauernder Beanspruchung der Sozialhilfe, einhalten, und
- b) die möglichen der Sozialhilfe vorgehenden Leistungen sowie die Rückerstattungen rechtzeitig in Anspruch nehmen oder beantragen.

² Das Nähere regelt der Regierungsrat.

Art. 39

Rückerstattung

¹ Bei Zuzug aus einer innerkantonalen Gemeinde ist die frühere Wohnsitzgemeinde zur Rückerstattung von Leistungen an Kantonsbürger und Ausländer mit Unterstützungswohnsitz im Kanton, welche noch nicht zwei Jahre ununterbrochen Wohnsitz in einer Gemeinde haben, verpflichtet.

² Bei Zuzug in den Kanton werden die Leistungen an Kantonsbürger und Ausländer mit Unterstützungswohnsitz im Kanton, welche noch nicht zwei Jahre ununterbrochen Wohnsitz in einer Gemeinde haben, in die Berechnung nach Art. 40 aufgenommen.

³ Zur Rückerstattung von Leistungen an Bürger anderer Kantone, welche noch nicht zwei Jahre ununterbrochen Wohnsitz in einer Gemeinde haben, ist verpflichtet:

- a) bei Zuzug in den Kanton: der Heimatkanton
- b) bei Zuzug aus einer innerkantonalen Gemeinde, unter Berücksichtigung der Bestimmungen des ZUG über die Ersatzpflicht des Heimatkantons: die frühere Wohnsitzgemeinde.

⁴ Die Unterstützungsleistungen an Ausländer ohne Unterstützungswohnsitz im Kanton werden in die Berechnung nach Art. 40 aufgenommen.

⁵ Die Unterstützungsleistungen, die aufgrund von Bundesrecht oder Staatsverträgen vergütet werden müssen, werden in die Berechnung nach Art. 40 aufgenommen.

⁶ Die Wohngemeinde vergütet der Aufenthaltsgemeinde, die eine bedürftige Person im Notfall unterstützt, die Kosten der notwendigen und der in ihrem Auftrag ausgerichteten weiteren Unterstützung sowie die Kosten für die Rückkehr an den Wohnort.

Art. 40

Verteilung der Sozialhilfekosten

Folgende Kosten werden den Gemeinden nach Abzug des Kantonsbeitrages aufgrund der Einwohnerzahl in Rechnung gestellt:

- a) die Kosten der Spezialdienste gemäss Art. 15 inklusive die Kosten für die Unterstützung von Ausländern ohne Unterstützungswohnsitz im Kanton;

- b) die Beiträge an private und kirchliche Organisationen gemäss Art. 17;
- c) die Betriebsbeiträge an Institutionen der Sozialhilfe gemäss Art. 31 Abs. 3;
- d) die Kosten für die Unterstützung von Kantonsbürgern und Ausländern mit Unterstützungswohnsitz im Kanton gemäss Art. 39 Abs. 2 sowie
- e) die Unterstützungsleistungen gemäss Art. 39 Abs. 5.

Art. 41

¹ Der Kanton beteiligt sich an den Kosten gemäss Art. 7 IFEG.

² Das Nähere regelt der Regierungsrat.

Institutionen zur
Förderung der
Eingliederung
von invaliden
Personen

13. *Das Gesundheitsgesetz vom 19. Oktober 1970 :*

Art. 33a Abs. 3

³ Die mit dem Inkrafttreten des Bundesgesetzes über die Schaffung und die Änderung von Erlassen zur Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) vom 6. Oktober 2006 wegfallenden Bundesbeiträge werden durch die Gemeinden getragen. Bei Spitexorganisationen, welche Aufgaben für mehrere Gemeinden erfüllen, sind die wegfallenden Bundesbeiträge von den beteiligten Gemeinden nach Massgabe der Inanspruchnahme von Spitexleistungen im Vorjahr aufzubringen, sofern die Gemeinden mit der Spitexorganisation keine andere Vereinbarung getroffen haben.

14. *Das Krankenversicherungsgesetz vom 19. Dezember 1994 :*

Art. 1 Abs. 3

³ Die nach Abzug der Bundesbeiträge verbleibenden Kosten werden zu 65 Prozent durch die Gemeinden entsprechend ihrer Einwohnerzahl und zu 35 Prozent vom Kanton getragen.

IV. Übergangs- und Schlussbestimmungen

Art. 6

¹ Zum Ausgleich der Nettoentlastung, welche die Gemeinden durch die Entflechtungen erfahren, wird der ordentliche Steuerfuss der Gemeinden für das Jahr 2008 um mindestens 6 Prozent der einfa-

Steuerfuss-
abtausch

chen Steuerkraft tiefer festgesetzt als der von den Gemeinden für das Jahr 2007 beschlossene Gemeindesteuerfuss.

² Vorbehalten bleiben zeitlich befristete Zuschläge zu den Hauptsteuern gemäss Art. 6 Abs. 2 des Finanzhaushaltgesetzes.

Art. 7

Übergangs-
bestimmung
1. Spitex

Die Gemeinden, welche Aufgaben der spitalexternen Krankenpflege gemäss Art. 33a des Gesundheitsgesetzes privaten oder öffentlich-rechtlichen Körperschaften übertragen haben, passen ihre Verträge bis zum Inkrafttreten dieses Gesetzes an und stellen insbesondere sicher, dass die ausfallenden Bundesbeiträge an die Spitexorganisationen durch angemessene Beiträge der Gemeinde abgelöst werden, damit der bestehende Leistungsstandard aufrechterhalten werden kann.

Art. 8

2. Nach-
schüssige
Zahlungen

¹ Der Kanton trägt den Beitrag zur Finanzierung der nachschüssigen Zahlungen der IV für kollektive Leistungen.

² Die Bundes- und Gemeindebeiträge an die im Jahr 2007 auszurichtende Verbilligung der KVG-Prämien werden in der Staatsrechnung 2007 verbucht und den Gemeinden entsprechend in Rechnung gestellt.

³ Andere Leistungen und Verpflichtungen aufgrund des bisherigen Bundesrechts, welche nach dem 1. Januar 2008 anfallen beziehungsweise in Rechnung gestellt werden, werden entsprechend dem bisherigen kantonalen Recht auf den Kanton beziehungsweise die Gemeinden aufgeteilt. Rückerstattungen der IV werden nur dann aufgeteilt, wenn sie die Leistungen gemäss Abs. 1 übersteigen.

Art. 9

Inkrafttreten

¹ Dieses Gesetz tritt auf den 1. Januar 2008 in Kraft. Art. 5 Ziff. 13 und Art. 7 treten nur in Kraft, wenn die Revision der Altersbetreuungs- und Pflegegesetzes nicht auf den 1. Januar 2008 in Kraft gesetzt werden kann³⁾.

² Es untersteht dem Referendum.

³ Dieses Gesetz ist im Amtsblatt zu veröffentlichen²⁾ und in die kantonale Gesetzessammlung aufzunehmen.

Fussnoten:

- 1) SHR 831.300.
- 2) Amtsblatt 2007, S. 817.
- 3) Altersbetreuungs- und Pflegegesetz ist am 1. Januar 2008 in Kraft getreten (Amtsblatt 2007, S. 1872).
- 4) Aufgehoben durch G vom 4. Juli 2011, in Kraft getreten am 1. Januar 2012 (Amtsblatt S. 905, S. 1470).